

Existenzsicherung von Familien - Jahrestagung der eaf in Freising

Die diesjährige Jahrestagung und Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf) fand nach zehn Jahren wieder einmal in Bayern statt: vom 28. bis 30. September 2005. Tagungsort war Freising, Tagungsthema "Existenzsicherung von Familien". Zwei Referentinnen führten mit Grundlageninformationen in die Thematik ein: Frau Annemarie Gerzer-Sass vom Deutschen Jugendinstitut in München stellte zentrale Ergebnisse des (abgeschlossenen aber noch nicht veröffentlichten) 7. Familienberichts vor und Frau Gerda Holz vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt am Main referierte Forschungsergebnisse einer empirischen Studie zur Lebenssituation von einkommensschwachen Familien. In drei Arbeitsgruppen konzentrierten sich die Teilnehmer/innen der Jahrestagung auf „Unterhaltsrechtsreform und gesellschaftlicher Wandel“ und auf die Fragen „Was kann benachteiligten Familien helfen“ und „Welche Folgerungen für die Familienpolitik ergeben sich aus dem 7. Familienbericht und dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“.

Die bayerische Familienministerin Christa Stewens ging in ihrem Grußwort u.a. auch auf Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Familienpolitik ein und sprach sich für ein familienfreundliches Steuerrecht und eine bessere Anerkennung der Erziehungszeit in der Rentenversicherung aus. Damit Familien mehr von ihrem Erwerbseinkommen behalten können, plädierte Stewens für einen höheren Kinderfreibetrag und erteilte der Elterngeldkonzeption der Bundesfamilienministerin eine Abfuhr. Blickt man zurück auf die vergangenen Jahre, so lässt sich feststellen, dass die von Bayern empfohlene Bundesfamilienpolitik eher einem Zickzack-Kurs, jedenfalls keinem geradlinigen Konzept folgt. Nach der

Empfehlung eines einkommensunabhängigen „Familiengeldes“ und zwischendurch auch einer gewissen Sympathie für das „Elterngeld“ steht nun die Empfehlung zur Einführung eines steuerlichen Kinderfreibetrags in Höhe von 8.000 Euro im Vordergrund. Ergänzend dazu soll in der Rentenversicherung ein Kinderbonus von 50 Euro pro Monat bis zum 12. Lebensjahr gewährt werden.

Elterngeld ist wirksame Familienförderung

Die eaf sieht demgegenüber im Elterngeld ein wirksames Förderinstrument für Familien und hat sich deshalb im Vorfeld der Bundestagswahlen mit einem Aufruf für die Einführung eines einjährigen Elterngeld als Lohnersatzleistung ausgesprochen - aus familienpolitischen aber auch aus gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten.

Die Präsidentin des eaf, Frau Prof. Dr. Ute Gerhard, hat in ihrem Aufruf die Gründe für die Einführung eines Elterngeldes erläutert, aber auch auf notwendige Zusatzbedingungen hingewiesen:

„Das Elterngeld ist in skandinavischen Ländern als Bestandteil der Familien- und Gleichstellungspolitik erprobt und etabliert. Es unterstützt junge Eltern finanziell und begrenzt das berufliche Ausstiegsrisiko durch eine nur kurze Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Durch die Ausgestaltung als Lohnersatzleistung sowie durch den anteiligen Verfall von Elterngeld, wenn der andere Partner keinen Teil der Elternzeit in Anspruch nimmt, werden Männer aktiv in der Wahrnehmung der Vaterrolle unterstützt. Die Erfahrungen, die mit dem Elterngeld in Skandinavien gemacht wurden, sind ermutigend.

Ein einjähriges Elterngeld als Lohnersatzleistung muss in Deutschland allerdings zwingend um ein ausreichendes und gutes Angebot an frühkindlicher Erziehung, Bildung und Betreuung ergänzt werden. Ohne einen entsprechenden Ausbau von Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige – insbesondere in den alten Bundesländern – ver-

fehlt das Elterngeld nicht nur sein Ziel, sondern bürdet den Eltern zusätzlich ein hohes Risiko auf, das sich negativ auf die Verwirklichung vorhandener Kinderwünsche auswirken kann.

Die eaf spricht sich aus gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten und um Paare zur Verwirklichung ihres Kinderwunsches zu ermutigen, mit Nachdruck für ein einjähriges Elterngeld in Höhe von 67 % des Nettolohnes aus. Denn es gibt eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, angesichts des demographischen Wandels und der strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft besser abzusichern.“

Familien brauchen Ermutigung

Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung betonte auch die Regionalbischöfin für München und Oberbayern, Susanne Breit-Keßler, in ihrem Grußwort: Familienpolitik als Querschnittsaufgabe geht alle Gruppen der Gesellschaft an. Sie gab aber auch zu bedenken, dass in andern Ländern im Hinblick auf Geburtenrate, Armutsrisiko, Bildungsniveau und Erziehungskompetenz häufig mit weniger Geld mehr erreicht wird als in Deutschland.

Für eine nachhaltige Familienpolitik, so die Regionalbischöfin, ist ein Mix aus guter Infrastruktur, familienorientierter Arbeitszeitpolitik und effizienten Geldleistungen notwendig. Hinzu kommt noch eine vierte Zutat: Ermutigung.

Früher und nachhaltiger fördern

eaf-Bundesgeschäftsführerin, Insa Schöningh unterstrich am Ende der Tagung die Notwendigkeit insbesondere, Kindern aus benachteiligten Familien früher und nachhaltiger Hilfe zukommen zu lassen. Neuere Studien zeigen, dass Kinder aus armen Familien schon im Grundschulalter schlechte Voraussetzungen haben. Aus diesem Grunde ist es notwendig, eine qualitativ hochwertige und möglichst kostenlose Kinderbetreuung und –bildung schon ab dem ersten Lebensjahr zu fördern. Schließlich ist die die Erwerbstätigkeit beider Elternteile besser zu unterstützen, um die Familienexistenz zu sichern (siehe nachfolgende Pressemitteilung).

*Helmut Neuberger,
Geschäftsführer der EAF Bayern
neuberger@eaf-bayern.de*

Über die Jahrestagung erscheint eine Dokumentation.
Bestelladresse:
Evangelische Aktionsgemeinschaft
für Familienfragen e.V. (eaf),
Auguststrasse 80, 10117 Berlin
Telefon 030 / 28 395 400
www.eaf-bund.de/

Pressemeldung der eaf

Das Geld ist knapp – Kinder sind es auch

Freising, 30. September 2005 - Kindern aus benachteiligten Familien muss früher und nachhaltiger geholfen werden, und die entsprechenden Beratungsleistungen müssen ihnen leichter zugänglich gemacht werden. Dies fordert die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf) bei ihrer diesjährigen Jahrestagung in Freising. Der eaf zufolge lebt jedes siebente Kind in der Bundesrepublik in Armut. Das hat negative Auswirkungen auf das Wohlergehen, die Versorgung, Gesundheit und Bildung der Kinder.

Die eaf fordert Politik, Gesellschaft und auch die Kirchen auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen: Bildung und Beratung zur Förderung der Alltagskompetenz und Bewältigung von Krisensituationen müssen Familien leichter zugänglich gemacht werden. Passende Angebote erfordern die gezielte Kooperation und Vernetzung der Akteure im unmittelbaren Lebensumfeld der Betroffenen (z. B. von Kommunen, Schulen, Kirchengemeinden, Gesundheitseinrichtungen). Die eaf sieht hier die Verantwortung zur Koordination bei der Jugendhilfe. In diesem Zusammenhang setzt sich die eaf vordringlich für den Ausbau qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung ein, denn dies hilft allen Kindern – und ihren Eltern. Sie erreicht alle Kinder, fördert die Integration und unterstützt und ergänzt Erziehung und Bildung in der Familie. Denn:

- die Grundlagen für erfolgreiche Bildungskarrieren werden bereits sehr frühzeitig gelegt
- für ihre Persönlichkeitsentwicklung brauchen Kinder die Gemeinschaft mit anderen Kindern
- jedes Kind muss die Chance zur frühzeitigen Entwicklung seiner Fähigkeiten haben

Elternbeiträge dürfen dem Zugang nicht im Wege stehen. Deshalb fordert die eaf die stufenweise Einführung der Kostenfreiheit. Ausreichende und aufeinander abgestimmte Betreuungs-, Bildungs- und Beratungseinrichtungen fördern Kinder und entlasten Eltern. Sie schaffen die Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit beider Eltern und damit eine bessere ökonomische Absicherung der Familie. Dieser notwendige Ausbau erfordert zusätzliche Mittel. Ihr Einsatz ist eine Investition in die Zukunft.

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf) ist der evangelische familienpolitische Dachverband.

Büchergeld zurücknehmen!

Trotz anhaltender Proteste von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Eltern- und Familienverbände u.a. hat die Bayerische Staatsregierung zu Beginn des Schuljahres 2005/2006 ein Büchergeld eingeführt.

Grundlage für die Einführung ist das am 1. August in Kraft getretene „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen“, das mit den Stimmen der CSU am 20. Juli 2005 vom Bayerischen Landtag beschlossen worden ist. Darin wird das Büchergeld als Eigenbeteiligung der Schüler zur Finanzierung der Kosten der Lernmittelfreiheit beschrieben. Diese bemerkenswerte Formulierung ändert nichts an der Tatsache, dass damit defacto die Lernmittelfreiheit in der bisherigen Form in Bayern abgeschafft ist. Für einen Großteil der Lernmittel mussten die Eltern ohnehin bisher selbst aufkommen. „Die Atlanten für den Erdkundeunterricht und Formelsammlungen für den Mathematik- und Physikunterricht sowie die übrigen Lernmittel (z. B. Arbeitshefte, Lektüren, Arbeitsblätter, Schreib- und Zeichengeräte, Ta-

schenrechner) haben die nach dem Bürgerlichen Recht Unterhaltspflichtigen bzw. volljährigen Schüler zu beschaffen“ heißt es im Gesetz. Dazu kommen aber noch weitere Kosten, etwa für die Mittagsbetreuung, Mittagessen im G8, Sportkleidung, PC, Lernsoftware, Schullandheim, schulische Veranstaltungen, Schulwegkosten, - für ein Geschwisterpaar, das die Schule besucht, können das bis zu 2000 Euro das pro Jahr sein. Für wirtschaftlich weniger leistungsfähige Familien ein erheblicher Kostenfaktor.

Die Eltern verstehen nicht, dass gerade die CSU mit einem Ministerpräsidenten der zur Bekräftigung seiner Familienfreundlichkeit die Losung ausgab „an Familien wird nicht gespart“ gerade die Familien erneut finanziell belastet. Ein Ende der kumulativen Belastungen der Familien ist offensichtlich nicht in Sicht, denkt man an drohende Studiengebühren oder Mehrwertsteuererhöhung. Für mehr Familienfreundlichkeit in Bayern sind aber andere Signale notwendig. Die Zurücknahme des Büchergeldes wäre eines davon.

Helmut Neuberger,
neuberger@eaf-bayern.de

Mitteilungen • Hinweise • Nachrichten • Mitteilungen • Hinweise • Nachrichten • Mitteilungen

Herbstsammlung des Diakonischen Werkes Bayern

1,5 Millionen Kinder leben in Deutschland in Armut.

Die Kinder- und Jugenderholung der Diakonie wird in diesem Herbst im Mittelpunkt der traditionellen Gebets- und Opferwoche stehen, die das Diakonische Werk Bayern dieses Jahr vom 10. bis 16. Oktober durchführt. Erneut werden Tausende von meist ehrenamtlichen Sammlerinnen und Sammler auf den Straßen Bayerns von Haus zu Haus ziehen und Geld für die Arbeit der Diakonie sammeln - diesmal für Erholungsmaßnahmen, die sich an Kinder aus belasteten Familien wenden – Angebote, die angesichts 1.5 Millionen Kindern, die von Armut betroffen sind, notwendiger denn je sind.

Im europäischen Vergleich hat Deutschland in den letzten zehn Jahren laut einer UNICEF-Studie die höchste Steigerungsrate bei der Armut von Kindern. Mit einer Quote von etwa 10% liegt Deutschland zwar deutlich vor den USA mit einer Armutsquote von 20%, aber deutlich hinter Ländern wie Dänemark und Finnland, wo die Quote unter 3% liegt.

„Die Teilnahme an einer Gruppenreise der Kinder- und Jugenderholung ist für die betroffenen Kinder

und Jugendlichen, die z. B. in Armut, in schwierigen sozialen Verhältnissen, in sozial diskriminiereten Familien oder auch in Teilfamilien aufwachsen, oft die einzige Möglichkeit, ihrer belastenden Situation für eine Weile zu entgehen“, sagte der Präsident des Diakonischen Werkes Bayern. Dr. Ludwig Markert, zur Eröffnung der Herbstsammlung. Die Ferienangebote seien oftmals der erste – manchmal auch einzige – Kontakt mit pädagogischen Angeboten der Familienhilfe.

„Hartz IV hat die Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zusätzlich verschärft. Die Diakonie bietet armen Kindern aber nicht nur die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit ihrem Alltag zu entgehen.“ Die Programme während der Freizeiten enthielten auch Maßnahmen zur Förderung gesunder Ernährung und das Training sozialer Kompetenzen.

Die in der Regel dreiwöchigen Gruppenaufenthalte werden von kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern begleitet, die fast ausschließlich ehrenamtlich arbeiten, und oft ihren Urlaub dafür einsetzen. Sie werden in speziell auf die Maßnahmen abgestimmten Schulungen auf die Arbeit vorbereitet.

Daniel Wagner,
Pressesprecher des Diakonischen Werkes Bayern
wagner.daniel@diakonie-bayern.de

Diakonisches Werk Neu-Ulm

Familienzentrum eröffnet

Am 24. September 2005 ist in Neu-Ulm in der Trägerschaft des Caritasverbandes und des Diakonischen Werkes Neu-Ulm ein Familienzentrum eröffnet worden. Es will das Informations- und Beratungsangebot für Familien bündeln, Aktivitäten koordinieren, Ideen und Initiativen aufgreifen und das Engagement von und für Familien fördern.

Die Idee des Familienzentrums hat sich im Rahmen des Projektes "Familien-Tisch" entwickelt, eines Projektes, das auf Initiative der Stadt Neu-Ulm und mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen durchgeführt worden ist. Gleichzeitig ist das Familienzentrum eingebettet in das Förderprogramm „Soziale Stadt“ des Bundes und der EU.

Mit folgender Angebotsstruktur startet das Familienzentrum:

- Begegnungsstätte für Familien (offener Treff und Angebote für Gruppen z.B. Alleinerziehende),
- Info und Beratung für Familien (Erstberatung und Weitervermittlung),
- Kinderbetreuung (ergänzend zu bestehenden Angeboten),
- Gruppen (z.B. Selbsthilfegruppen) und
- Veranstaltungen (auch von den Müttern und Vätern selbst angebotene).
- Internetplätze
- Raumvermietung (z.B. für Familienfeiern)
- Ehrenamtliche Mitarbeit (von Müttern und Vätern in konkreter Projektarbeit)

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt werden im Familienzentrum groß geschrieben. Ideen dazu gibt es schon viele: Tätigkeit im offenen Treff, Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliche Begleitung der Mutter-Kind-Gruppen, Betreuung

Impressum:

Herausgeber: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (EAF Bayern),
1. Vorsitzende: Birgit Löwe, 2. Vorsitzende: Elke Beck-Flachsenberg, 3. Vorsitzender: Hans Schlicht,
Geschäftsführer: Helmut Neuberger, Redaktion: Helmut Neuberger
Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299
Internet: www.eaf-bayern.de, Email: info@eaf-bayern.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.

Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg

Mitgliedsorganisationen der EAF Bayern:

Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (afa), Amt für Gemeindedienst in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Amt für Jugendarbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Arbeitsgemeinschaft für Evangelische Erwachsenenbildung in Bayern (AEEB), Bayerischer Landesverband Evangelischer Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder e. V., Deutscher Evangelischer Frauenbund - Landesverband Bayern e. V. (DEF), Diakonisches Werk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern e. V., Evangelische Arbeitsgemeinschaft für allein erziehende Mütter und Väter, Evangelischer Erziehungsverband in Bayern e. V. (EEV), Evangelischer Fachverband für Familienpflege, Evangelischer Fachverband für Lebensberatung, Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern e. V., Evangelisch - Lutherische Gemeinde - Akademie, Evangelisches Männerwerk im Amt für Gemeindedienst in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Evangelische Schulstiftung in Bayern, Evangelische Fachhochschule Nürnberg - Fachhochschule der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, FrauenWerk Stein e.V. in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Freie Elternvereinigung in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (FEE), Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (KDA), Landesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familien-Bildungsstätten in Bayern (LAG)

des Treffs für konkrete Zielgruppen, z. B. Jugendtreff, Müttertreff, Männertreff, Initiierung von Selbsthilfegruppen, Hilfe bei der Integration ausländischer Mitbürger, Gemeinschaftsarbeit, Innenstadtzeitung, etc. (hn)

Kontakt:

Markus Jakob, Familienzentrum Neu-Ulm

Telefon: 0731 - 60 30 991

familienzentrum@post.neu-ulm.de

www.familienzentrum.neu-ulm.de

Grundlagenbericht des DJI

Eltern-Kind-Zentren

Im Auftrag des Bundesfamilienministeriums hat das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in München einen Grundlagenbericht unter dem Titel „Eltern-Kind-Zentren - Die neue Generation kinder- und familienfördernder Institutionen“ erstellt. Die Arbeit baut auf dem Recherchebericht „Häuser für Kinder und Familien“ auf. Danach sind bundesweit 120 Einrichtungen vorhanden sind, die Kinderbetreuungsangebote mit weiteren Angeboten für Familien und Kinder kombinieren.

Der Grundlagenbericht beschreibt u. a. Leitlinien aus der Praxis sowie Handlungsorientierungen für Kommunen und Einrichtungen. Es werden Kernmerkmale der Eltern-Kind-Zentren vorgestellt und Verbesserungspotentiale für bestehende Einrichtungen aufgezeigt. In der Anlage zum Bericht werden sieben Best-Practice-Beispiele für Eltern-Kind-Zentren vorgestellt. (hn)

Eltern-Kind-Zentren (Hrsg.):

Diller, Angelika:

Eltern-Kind-Zentren - Die neue Generation kinder- und familienfördernder Institutionen. Grundlagenbericht im Auftrag des BMFSFJ. DJI 2005

Im Internet zum Download unter:

http://cgi.dji.de/bibs/411_Grundlagenbericht_Eltern-Kind-Zentren.pdf